



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE
VORLAGE
16/ 424
A7 A9



Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2013
Einzelplan 03

Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2013

Einzelplan 03

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick über den Einzelplan 03	
1 Einnahmen	4
2 Ausgaben	
2.1 Gesamtausgaben	4
2.2 Sachhaushalt	5
2.3 Besonderheiten	6
3 Personal	
3.1 Personalausgaben	7
3.2 Planstellen und Stellen	7
3.3 kw-Vermerke	10
3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	12
II. Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben der Kapitel	
03 010 Ministerium	14
03 020 Allgemeine Bewilligungen	15
03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	17
03 110 Polizei	18
03 110 Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei	20
03 130 Deutsche Hochschule der Polizei	24
03 310 Fünf Bezirksregierungen	25
03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales	27
03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen	28
03 610 Information und Technik NRW - Landesbetrieb	29
03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung	30
03 750 Institut der Feuerwehr	31
03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	32
03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	33
03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	34

Die Vergleichszahlen 2012 entsprechen dem eingebrachten Entwurf des Haushaltsplans 2013. Im parlamentarischen Verfahren zum Haushalt 2012 eingebrachte Änderungen sind noch nicht berücksichtigt.

I.
Überblick
über den
Einzelplan 03

1 Einnahmen

Die Einnahmen sind mit 299,6 Mio. EUR um 43,9 Mio. EUR höher veranschlagt als im Vorjahr:

- Der Ansatz für das Wasserentnahmentgelt ist aufgrund gesetzlicher Änderungen um 18 Mio. EUR auf 110 Mio. EUR erhöht.
- Für 2013 sind die Erstattungen des Bundes für die Kosten der Bundestagswahl von 15,5 Mio. EUR veranschlagt.
- Die übrigen Einnahmeverbesserungen verteilen sich auf diverse Titel.

2 Ausgaben

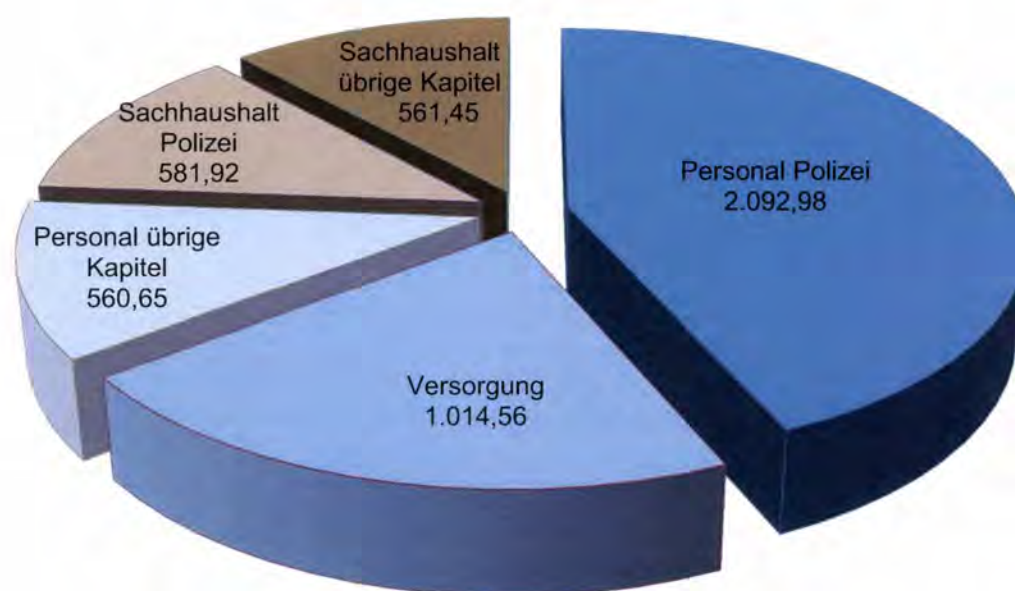
2.1 Gesamtausgaben

Die Ansätze sind von 4.861,41 Mio. EUR um 49,84 Mio. EUR auf 4.811,57 Mio. EUR reduziert.

Gesamtausgaben (in Mio. EUR)	2013	2012 ¹	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	4.811,57	4.861,41	-49,84	-1,0
• Polizei	2.674,90	2.715,62	-40,72	-1,5
• Übriger Geschäftsbereich	2.136,67	2.145,79	-9,12	-0,4

Die Ansätze für Personalausgaben (siehe Nummer 3) nehmen um rund 46,3 Mio. EUR zu, im Sachhaushalt sind rund 96,1 Mio. EUR weniger veranschlagt als im vorherigen Haushalt.

Nachstehende Grafik gibt eine grobe Übersicht über die Ausgabenstruktur (Beträge in Mio. EUR):



¹ Reduzierung des Ausgabe volumens gemäß Haushalt 2012 (4.861,51 Mio. EUR) wegen einer Umsetzung um 0,108 Mio. EUR auf 4.861,41 Mio. EUR

2.2 Sachhaushalt

Die Ansätze im Sachhaushalt liegen per Saldo um rund 96 Mio. EUR niedriger als 2012 und belaufen sich auf 1.143,38 Mio. EUR:

Sachhaushalt (in Mio. EUR)	2013	2012	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	1.143,38	1.239,55	-96,17	-7,8
• Polizei	581,93	640,61	-58,69	-9,2
• Übriger Geschäftsbereich	561,46	598,94	-37,48	-6,3

Als wesentliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind festzuhalten:

- Planmäßige Veranschlagung des Digitalfunks mit insgesamt 68,9 Mio. EUR (Kapitel 03 110) (-) 26,35 Mio. EUR
- Erhöhte Globale Minderausgabe (jetzt 31,5 Mio. EUR, 03 020) (-) 17,92 Mio. EUR
- Wegfall von Leasingkosten für Funkstreifenwagen (03 110) (-) 11,45 Mio. EUR
- Wegfall der Kosten für die Landtagswahl (03 020) (-) 15,50 Mio. EUR
- Wegfall der Erstattungen an die Gemeinden für den Zensus (03 610) (-) 15,00 Mio. EUR
- Verminderte Zuschüsse an IT.NRW, u.a. wegen Zensus (03 610) (-) 17,70 Mio. EUR
- Weniger Renten gemäß Bundesentschädigungsgesetz wegen sinkender Fallzahlen (03 810) (-) 4,23 Mio. EUR
- Geringere Ausgaben für den Munitionszerlegetrieb Hünxe² (03 310) (-) 3,58 Mio. EUR
- Einnahmefinanzierte Kosten der Bundestagswahl (03 020) (+) 15,50 Mio. EUR
- Höhere Veranschlagung aufgrund erhöhter Fallzahlen im Asylkapitel (03 030) (+) 11,38 Mio. EUR
- Anteil aus der Feuerschutzsteuer zur Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk (03 710) (+) 12,00 Mio. EUR
- Indexierung der an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb zu zahlenden Mieten (+) 2,64 Mio. EUR

² Die Veranschlagung der Kosten für den dritten Bauabschnitt (Zerlegetechnik) ist auf Basis des letztbekanntesten Projektstands für 2013 ff. aktualisiert erfolgt.

2.3 Besonderheiten

- **Polizei**

Das Investitionsvolumen (ohne Titelgruppe 61, Digitalfunk) sinkt wegen des Wegfalls von Einmaleffekten im Jahr 2012 (z.B. Beschaffung Funkstreifenwagen, Ausstattung von Neu- und Erweiterungsbauten, neues Dienstgebäude des LZPD) um 22,4 Mio. EUR.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) sind im Wesentlichen auf dem Niveau des Vorjahres überrollt.

Für den Aufbau des Digitalfunks sind der aktuellen Haushaltsunterlage folgend 68,9 Mio. EUR etatisiert (26,35 Mio. EUR weniger als 2012). Darüber hinaus sind die Kosten zur Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk im Polizeikapitel wie im Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung (vgl. Kapitel 03 710, Titel 812 11) berücksichtigt.

Mit dem Haushalt (Verpflichtungsermächtigung) und der Mittelfristigen Finanzplanung sind die etatmäßigen Voraussetzungen zur Erneuerung der Hub-schrauberflotte gelegt.

- **Feuerschutz und Hilfeleistung**

Die Landeszuschüsse an die Kommunen sind - u.a. wegen der Kosten für die Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk - mit 17,32 Mio. EUR um rund 12,87 Mio. EUR niedriger veranschlagt als 2012. Tatsächlich können sie auf dem hohen Niveau der Vorjahre (rund 30 Mio. EUR) ausgezahlt werden.

Für die Erneuerung der Feuerlöschflotte ist ein erster Teilbetrag von 2 Mio. EUR vorgesehen.

- **Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge**

Aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylsuchenden ist der Ansatz für Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um rund 10,28 Mio. EUR auf 64,31 Mio. EUR erhöht. Im Übrigen sind die Ansätze gegenüber 2012 um 1,1 Mio. EUR erhöht.

3 Personal

3.1 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind rund 46,33 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

Personalausgaben (in Mio. EUR)	2013	2012	+/-	in v.H.
Einzelplan, hiervon	3.668,19	3.621,86	46,33	1,3
• Polizei	2.092,98	2.075,01	17,97	0,9
• Versorgung	1.014,56	995,55	19,01	1,9
• Bezirksregierungen	340,40	339,04	1,36	0,4
• Allgemeine Bewilligungen	139,77	133,77	6,00	4,5
• Übriger Geschäftsbereich	80,48	78,49	1,99	2,5

3.1.1 Aktiv Beschäftigte

Bei den aktiv Beschäftigten (Ausgaben für Dienstbezüge, Beihilfe, Freie Heilfürsorge) ergeben sich per Saldo um rund 27 Mio. EUR erhöhte Ansätze. Wesentliche Faktoren hierfür sind:

- Strukturelle Verbesserungen, beispielsweise die Zweigeteilte Laufbahn der Polizei
- Neue Planstellen und Stellen (vgl. 3.2)
- 3,48 Mio. EUR aufgrund prognostizierter höherer Fürsorgeleistungen (Freie Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in Kapitel 03 020, Allgemeine Bewilligungen)

3.1.2 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind basierend auf den Ausgaben der Vergangenheit und eingedenk steigender Fallzahlen sowie linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Finanzministerium berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 um 19 Mio. EUR höher als im Vorjahr.

3.2 Planstellen und Stellen

3.2.1 Stellenbestand

Gegenüber 2012³ (55.302) stehen per Saldo 71 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf (55.373).

- 130 Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht (siehe 3.2.2), denen
- **59 entfallende** Planstellen und Stellen gegenüberstehen.

³ Das Stellensoll des Entwurfs 2012 (55.305) hat sich im Vollzug durch Umsetzung von drei Stellen gemindert

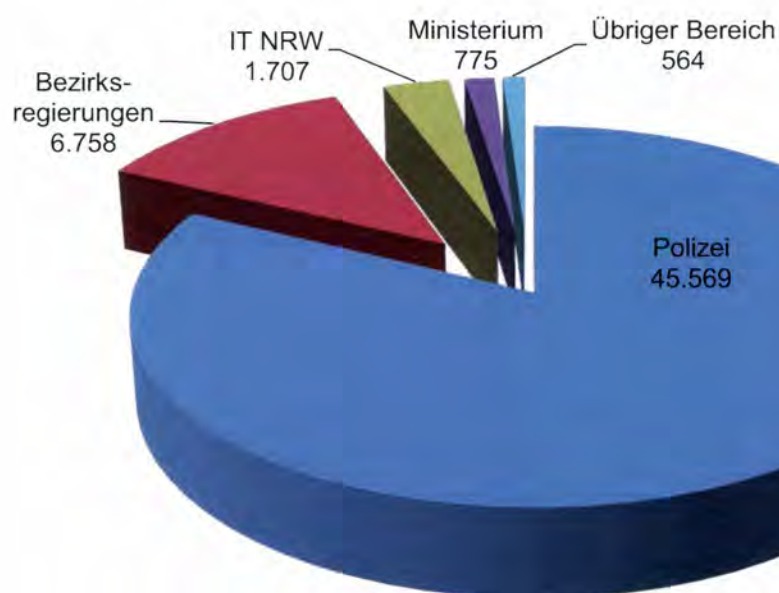
Entwurf des Haushaltsplans 2013 Erläuterungen zum Einzelplan 03

Der Stellenbestand reduziert sich, weil Stellen ab- oder umgesetzt sind, vor allem, um kw-Vermerke zu realisieren.

Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

Planstellen und Stellen	2013	Saldo	Neu	Kw-Realisierung	Sonstiges (Saldo)	2012
Einzelplan, hiervon	55.373	71	130	-59	0	55.302
• Ministerium	775	1	1	-3	3	774
• Allgemeine Bewilligungen	40	9	18	-9	--	31
• Polizei	45.569	40	40	-1	1	45.529
• Deutsche Hochschule der Polizei	105	4	5	-1	--	101
• Fünf Bezirksregierungen	6.758	14	61	-44	-3	6.744
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	45	1	1	--	--	44
• Fachhochschule für öffentliche Verwaltung	267	3	3	--	--	264
• Landesbetrieb Information und Technik (IT.NRW)	1.707	-1	--	--	-1	1.708
• Institut der Feuerwehr	107	0	1	-1	--	107

Das folgende Schaubild veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans auf die Arbeitsbereiche verteilen:



3.2.2 Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf sind **130 neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Diese verteilen sich wie folgt:

- Für die **Bezirksregierungen** sind 61 neue Planstellen und Stellen vorgesehen:
 - 48 zur Verstärkung der Arbeitsschutzverwaltung (Fachressort MAIS)
 - 4 für das Glücksspielwesen (Fachressort MIK), gebührenfinanziert mit Vorbehalts-kw
 - 1 Bearbeitung von Anerkennungsverfahren für Gesundheitsfachberufe (Fachressort MGEPA), gebührenfinanziert mit Vorbehalts-kw
 - 4 Scan-Stelle Bezirksregierung Detmold (Fachressort FM)
 - 4 Umwandlung von Aushilfsmitteln für den Stärkungspakt (Fachressort MIK) mit kw-Vermerk, fällig 2021
- Bei der **Polizei** sind 40 neue Planstellen etatisiert, um Kommissaranwärterinnen und -anwärter übernehmen zu können, wenn diese die Laufbahnprüfung bestanden haben. Die Planstellen sind zugleich kw zum Jahresende.
- 18 auf drei Jahre (vormals: zwei Jahre) befristete Stellen, um **schwerbehinderte Menschen** mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten einzustellen.
- Im **Ministerium** und im **übrigen Geschäftsbereich** sind elf neue Planstellen und Stellen etatisiert, die sich wie folgt verteilen:
 - **MIK:** Eine Planstelle für die Staatsaufsicht über die NRW.BANK
 - **Institut der Feuerwehr:** Eine Planstelle aus den vermehrten Aufgaben für die Einführung des Digitalfunks
 - **Fortbildungsakademie Herne:** Eine einnahmefinanzierte Stelle
 - **Fachhochschule für öffentliche Verwaltung:** Eine Planstelle für die Lehre (resultierend aus dem Bedarf nach Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei) sowie zwei Stellen durch Umwandlung von Aushilfsmitteln
 - **Deutsche Hochschule der Polizei:** Fünf Stellen durch Umwandlung von Abordnungsstellen

3.3 Kw-Vermerke

3.3.1 Mengengerüst

Gegenüber 2012 (1.156 kw-Vermerke im Einzelplan) reduziert sich die kw-Befrachtung um 168 auf 988. Hierbei sind:

- **59 kw-Vermerke realisiert**
- **176 kw-Vermerke** aus der 1,5%igen Stellenreduzierung mit Fälligkeit 2013 **gestrichen** (die korrespondierende Minderausgabe ist allerdings erhalten geblieben). Damit **bleiben** für die Kapitel folgende, nach vorherigen Haushaltsplänen für 2013 zum Wegfall vorgesehene **Stellen erhalten**:

-	Ministerium	10
-	Polizei	43
-	Bezirksregierungen	93
-	Aus- und Fortbildungseinrichtungen	1
-	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung	3
-	Landesbetrieb Information und Technik	26
- **67 kw-Vermerke neu** ausgebracht, hiervon: 40 bei der Polizei (siehe oben, Hinweis zu den neuen Planstellen), achtzehn für die Stellen zur Einstellung schwerbehinderter Menschen, vier für die Stellen Stärkungspakt sowie fünf Vorbehalts-kw bei den Bezirksregierungen (siehe Hinweis zu den neuen, gebührenfinanzierten Planstellen bei den Bezirksregierungen).

Die Tabelle fasst zusammen, was sich gegenüber dem Vorjahr verändert hat:

Kw-Vermerke	2013	2012	Realisiert	Gestrichen	Neu	Saldo
Einzelplan, hiervon	988	1.156	-59	-176	67	-168
• Polizei	544	548	-1	-43	40	-4
• Bezirksregierungen	315	443	-44	-93	9	-128
• Übriger Geschäftsbereich	129	165	-14	-40	18	-36

Der überwiegende Anteil der kw-Vermerke bei der Polizei entfällt auf Planstellen zur Übernahme geprüfter Kommissaranwärterinnen und -anwärter (395). Vor der derzeit für 2014 vorgesehenen Realisierung wird geprüft werden, ob und in welchem Umfang die Planstellen erhalten bleiben müssen. Für die 40 neuen Planstellen zur Übernahme sind zugleich zum Jahresende fällige kw-Vermerke ausgebracht.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass 20 kw-Vermerke bei den Bezirksregierungen aus der Verwaltungsstrukturreform, die auf die Umweltverwaltung entfallen, von 2013 auf 2016 prolongiert sind. Darüber hinaus entfallen 35 kw-Vermerke in verschiedenen Fachbereichen.

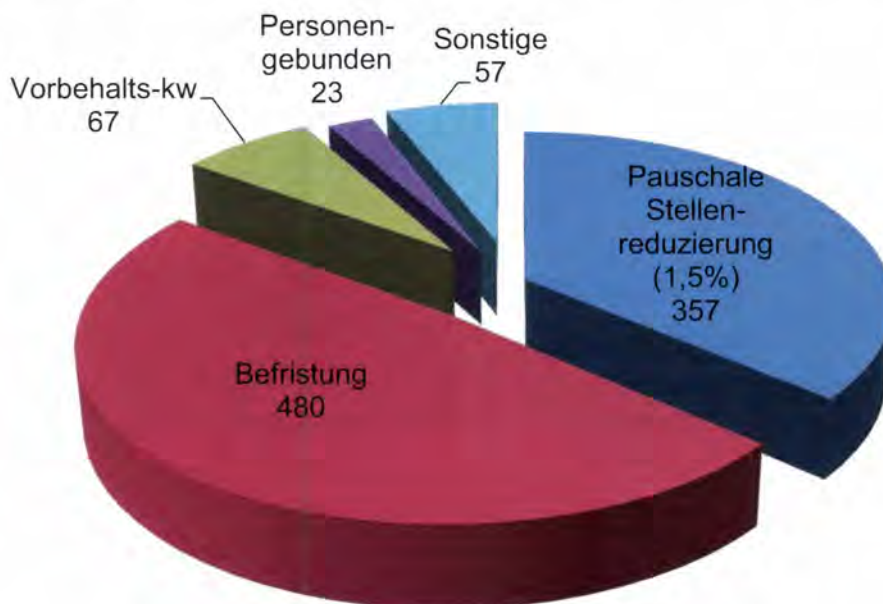
3.3.2 Fälligkeit

Nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die einzelnen Kapitel wieder:

Fälligkeit der kw-Vermerke	Gesamt	hiervon									
		unter Vorbehalt	Personengebunden	sofort	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019 ff.
Einzelplan, hiervon	988	67	23	0	74	594	179	40	1	4	6
• Ministerium	28	2	0	0	0	12	13	0	0	1	0
• Allgemeine Bewilligungen	40	0	0	0	6	16	0	18	0	0	0
• Polizei	544	0	23	0	40	438	43	0	0	0	0
• DHPol	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
• Fünf Bezirksregierungen	315	65	0	0	28	98	92	22	1	3	6
• Aus- und Fortbildung	2	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0
• Fachhochschule	7	0	0	0	0	3	4	0	0	0	0
• Information und Technik	52	0	0	0	0	26	26	0	0	0	0
• Institut der Feuerwehr	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

3.3.3 Herleitung

Nachstehende Grafik zeigt, wie die kw-Vermerke im Einzelplan sachlich hergeleitet sind. Die größten Anteile rühren aus der Befristung von Stellen sowie der 1,5%igen Stellenreduzierung.



Erläuterungen:

Vorbehalts-kw: Solche, deren Realisierung an den Eintritt bestimmter Bedingungen geknüpft ist, z.B. Finanzierung der Stellen durch Gebühreneinnahmen

Befristete Stellen: 395 plus 40 Planstellen zur Übernahme von Kommissaranwärterinnen und -anwärtern, 3 Projekt Basis-IT, 40 Stellen zur Übernahme schwerbehinderter Menschen, 2 Anrufungsstelle Bergschäden

3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Den Erfordernissen entsprechend sind Einstellungsermächtigungen und Stellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (gehobener und mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst, Referendariate, Vermessungstechnik, Umwelt- und Gewerbeverwaltung, Feuerwehrtechnik) etatisiert.

Nachstehend eine Gesamtübersicht über die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

Kapitel	Einstellungsermächtigungen	2013	2012
03 020	Verwaltungsreferendare und -referendarinnen	20	16
03 020	Regierungsvermessungsreferendare und -referendarinnen	59	59
03 020	Bergreferendare und -referendarinnen	3	3
03 020	Regierungsvermessungsoberinspektoranwälter und -anwältinnen	3	3
03 020	Regierungsinspektoranwälter und -anwältinnen	51	117
03 020	Regierungssekretäranwälter und -anwältinnen	40	49
03 110	Kommissaranwälter und -anwältinnen	1.400	1.400
03 310, TG 70	Vermessungsoberinspektoranwälter und -anwältinnen	10	10
03 310, TG 71	Umweltreferendare und -referendarinnen	1	0
03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranwälter und -anwältinnen	6	0
03 310, TG 74	Gewerbereferendare und -referendarinnen	2	0
03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwälter und -anwältinnen	42	0
03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwälter und -anwältinnen	0	46
03 750	Brandreferendare und -referendarinnen	8	6
03 750	Brandoberinspektoranwälter und -anwältinnen	8	6
Einzelplan		1.653	1.715

Die Stellenzahl für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) bleibt mit 303 unverändert. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: 99 im Kapitel der Allgemeinen Bewilligungen, 101 bei der Polizei, 36 im Umweltbereich der Bezirksregierungen, 65 bei IT.NRW sowie 2 beim Institut der Feuerwehr.

II.

Stellenplan, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln

Kapitel 03 010 Ministerium

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	541	180	326	35	-	537	+4
Stellen	234	5	50	150	29	237	-3
Gesamt	775	184	376	185	29	774	+1
<i>ATZ-Planstellen</i>	5	1	4	-	-	5	-
<i>ATZ-Stellen</i>	11	-	1	10	-	11	-

Der Stellenplan verändert sich wie folgt:

Einrichtung einer neuen Planstelle für die Staatsaufsicht über die NRW.BANK und Umsetzung von vier Planstellen aus der Polizei für den Staatsschutz und die Bekämpfung der IuK-Kriminalität. Des Weiteren wurde eine Planstelle zur Polizei zurück umgesetzt.

Im Übrigen wurden drei Stellen kw-realisiert, die befristet für die Arbeiten im Rahmen des Zukunftsinvestitionsgesetzes bereitgestellt waren.

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	796.600	631.400	165.200	+26,2
Ausgaben	59.641.800	59.144.700	497.100	+0,8
• Personalausgaben	44.513.600	44.086.500	427.100	+1,0
• Sachausgaben	15.128.200	15.058.200	70.000	+0,5

Die **Personalausgaben** sind auf der Basis der Ansätze 2012 und unter Berücksichtigung der o.g. Personalveränderungen berechnet.

Der **Sachhaushalt** steigt u.a. aufgrund erhöhter Ansätze für Mieten und Nebenkosten.

Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	-	-	-	-	-	-	-
Stellen	40	-	-	40	-	31	+9
Gesamt	40	-	-	40	-	31	+9
Vorbereitungsdienst	572	208	233	131	-	523	+49
Auszubildende	115	-	-	-	-	161	-46

Wie in den Vorjahren sind neue befristete Stellen (18) zur Einstellung von schwerbehinderten Menschen mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten ausgebracht. 9 Stellen sind wegen kw-Realisierung weggefallen.

46 Stellen für Auszubildende sind in das Kapitel 03 610 (Landesbetrieb IT.NRW) umgesetzt worden.

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v. H.
Einnahmen	36.492.700	12.233.900	+24.258.800	+198,3
Ausgaben	225.568.100	232.607.100	-7.039.000	-3,0
• Personalausgaben	139.769.700	133.766.300	+6.003.400	+4,5
• Sachausgaben	85.798.400	98.840.800	-13.042.400	-13,2

Die **Einnahmen** erhöhen sich u. a. um Erstattungskosten in Höhe von rd. 15,5 Mio. EUR für die Bundestagswahl 2013. Die Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets erhöhen sich um 758.800 EUR.

Die **Personalausgaben** erhöhen sich um rd. 6,0 Mio. EUR. Im Wesentlichen liegen folgende Änderungen vor:

- Gegenüber 2012 sind die Stellen für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf um 49 auf insgesamt 572 gestiegen.
- Der Ansatz für Fürsorgeleistungen, insbesondere für die Freie Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, ist um rd. 3,5 Mio. EUR, die Ansätze für Beihilfen sind insgesamt um rd. 0,88 Mio. EUR gestiegen.

Der **Sachhaushalt** verringert sich insgesamt um rd. 13,0 Mio. EUR. Folgende wesentliche Erhöhungen und Reduzierungen liegen dem zugrunde:

- Etatisiert sind Kosten in Höhe von rd. 15,5 Mio. EUR für die Bundestagswahl 2013. Sie sind wegen der Einnahmen in gleicher Höhe haushaltsneutral.

- Für die in 2012 durchgeführte Landtagswahl verringern sich die Ausgaben um rd. 15,5 Mio. EUR.
- Die Ausgaben für den Kauf des Firmentickets steigen um 758.800 EUR. Auch sie sind wegen entsprechender Einnahmen haushaltsneutral.
- Die Ausgaben für den IT-Bereich, insbesondere für Beschaffungen und für die Projekte „Basis-IT“ und „IT-Neustrukturierung“ steigen insgesamt um 1,65 Mio. EUR.
- Für die Beschaffung von Fahrzeugen als Ersatz für wegfallende Bundesfahrzeuge in dem den Katastrophenschutz ergänzenden Zivilschutz sind 2,2 Mio. EUR mehr vorgesehen.
- Die Globale Minderausgabe erhöht sich um rd. 17,9 Mio. EUR auf rd. 31,5 Mio. EUR.

Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v. H.
Einnahmen	500.000	500.000	-	-
Ausgaben	104.941.800	93.564.800	+11.377.000	+12,2

Die **Einnahmen** sind in bisheriger Höhe veranschlagt.

Bei den **Ausgaben** ist aufgrund der weiterhin steigenden Zahl der Asylsuchenden der Ansatz für Landeszuweisungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um 10,277 Mio. EUR auf 64,310 Mio. EUR und der Ansatz für Kostenpauschalen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz um 1,1 Mio. EUR auf 1,6 Mio. EUR angehoben.

Kapitel 03 110 Polizei

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	40.032	715	39.317	-	-	39.994	+38
Stellen	5.537	58	1.088	4.104	287	5.535	+2
Gesamt	45.069	773	40.405	4.104	287	45.529	+40
<i>ATZ-Planstellen</i>	16	2	10	4	-	16	-
<i>ATZ-Stellen</i>	38		11	26	1	40	-2
<i>Vorbereitungsdienst</i>	4.300	-	4.300	-	-	4.000	+300
<i>Auszubildende</i>	101	-	-	-	-	101	-

Bei der Polizei sind zur Übernahme der Kommissaranwärterinnen und -anwärter 40 neue Planstellen etatisiert. Die Planstellen sind kw zum Jahresende 2013.

Eine Planstelle ist aus dem Kapitel 03 010 in das Polizeikapitel umgesetzt, vier Planstellen sind aus dem Polizeikapitel in das Kapitel 03 010 umgesetzt.

Im Rahmen des Personaleinsatzmanagements ist eine Stelle in eine Planstelle umgewandelt. Darüber hinaus wurden vier Stellen aus dem Kapitel 03 310 wegen einer Aufgabenverlagerung (POG II) in das Polizeikapitel umgesetzt und eine Stelle kw-realisiert.

Die Ermächtigungen zur Einstellung von Anwärtnerinnen und Anwärtern für den Polizeivollzugsdienst sind mit 1.400 fortgeschrieben.

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	57.040.000	52.790.000	4.250.000	+8,1
Ausgaben	2.674.901.800	2.715.621.000	-40.719.200	-1,5
• Personalausgaben	2.092.975.600	2.075.007.900	+17.967.700	+0,9
• Sachausgaben	581.926.200	640.613.100	-58.686.900	-9,2

Die Ansätze für **Einnahmen** aus Verwarngeldern sind in Anlehnung an die tatsächlichen Einnahmen der letzten Jahre um 4,25 Mio. EUR auf 46 Mio. EUR angepasst. Die Einnahmen können nicht zur Deckung von sächlichen Verwaltungsausgaben verwendet werden.

Die **Personalausgaben** sind nach den Vorgaben des Finanzministeriums berechnet.

Sachhaushalt

Das Investitionsvolumen (ohne Titelgruppe 61, Digitalfunk) sinkt wegen des Wegfalls von Einmaleffekten im Jahr 2012 (z. B. Beschaffung Funkstreifenwagen, Ausstattung von Neu- und Erweiterungsbauten, neues Dienstgebäude des LZPD) um 22,4 Mio. EUR. Davon entfallen 17,5 Mio. EUR auf den Titel 811 01 und 4,9 Mio. EUR auf den Titel 812 60.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) sind im Wesentlichen auf dem Niveau des Vorjahres überrollt. Der Wegfall von Leasingkosten für Funkstreifenwagen ist beim Titel 518 02 mit einer Reduzierung um 11,45 Mio. EUR berücksichtigt.

Für den Aufbau des Digitalfunks sind der aktuellen Haushaltsunterlage folgend 68,9 Mio. EUR etatisiert (26,35 Mio. EUR weniger als 2012). Darüber hinaus sind die Kosten zur Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk im Polizeikapitel wie im Kapitel Feuerschutz und Hilfeleistung (vgl. Kapitel 03 710, Titel 812 11) berücksichtigt.

In den Haushalt (Verpflichtungsermächtigung) und in die Mittelfristige Finanzplanung sind die etatmäßigen Voraussetzungen zur Erneuerung der Hubschrauberflotte eingeflossen.

Der Produkthaushalt der Budgeteinheit Polizei ist nachstehend dargestellt.

Kapitel 03 110 Produkthaushalt Budgeteinheit Polizei

Vorbemerkungen

Die Budgeteinheit Polizei umfasst die Polizeibehörden des Landes NRW. Die Deutsche Hochschule der Polizei zählt nicht hierzu, weil sie durch den Bund und die Länder gemeinschaftlich finanziert ist. Die Kosten für das Fachhochschulstudium bleiben unberücksichtigt, da sie Teil der zukünftigen Budgeteinheit *Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV - heute: Kapitel 03 350)* sind. Berücksichtigt sind die Mittel der Kapitel 03 020 und 20 020, die einen unmittelbaren Bezug zur Polizei haben (z. B. Freie Heilfürsorge und Beihilfe).

Der Produkthaushalt gliedert sich in vier Abschnitte:

- Abschnitt I hat in Anlehnung an die kamerale Aufstellung dispositiven Charakter.
- Abschnitt II enthält die dazugehörigen Erläuterungen. Hier wird auf Kosten und Erlöse abgestellt, nicht auf Ausgaben und Einnahmen. Ferner finden sich hier Informationen zu Aktivitäten, zum Output (Mengen) und zum Outcome (Wirkungsinformationen unterlegt mit Kennzahlen).
- Im Abschnitt III, dem Finanzbereich, finden sich kamerale Informationen.
- Abschnitt IV "Identitätsrechnung" stellt die Verbindung der kameralen mit den produktbezogenen Zahlen her.

Erläuterungen zu Abschnitt I

Der erste Unterabschnitt (I.1) beschreibt die Budgeteinheit und erläutert, was unter der Budgeteinheit "Polizei NRW" inhaltlich zu verstehen ist.

I.1 Beschreibung der Budgeteinheit

Die Polizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen bilden eine Budgeteinheit. Die Polizei leistet ihren Beitrag zur inneren Sicherheit des Landes mit ihren Kernaufgaben "Gefahrenabwehr/Einsatzbewältigung", "Kriminalitätsbekämpfung" und "Polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit". Diese ergeben sich aus dem gesetzlichen Auftrag, Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren (§ 1 Polizeigesetz NRW), Straftaten zu verhüten und vorzubeugen (§ 1 Polizeigesetz NRW) sowie Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen (§ 163 StPO, § 55 OWiG). Sie hat ferner besondere Zuständigkeiten nach dem Versammlungs-, dem Waffen- und dem Vereinsrecht. Die Polizei nimmt ihre Aufgaben in 47 Kreispolizeibehörden (18 Polizeipräsidien und 29 Landrätinnen/Landräte als Kreispolizeibehörden), dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste, dem Landeskriminalamt und dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei wahr.

Der zweite Unterabschnitt stellt das Haushaltsvolumen dar (I.2).

I.2	Ressourcenbezogener Haushaltsansatz der Budgeteinheit	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 EUR	Differenz 2013-2012 EUR	IST 2011 EUR
-----	---	-----------------------	---------------------	-------------------------------	--------------------

Dabei handelt es sich um Kosten und Erlöse, nicht um Ausgaben und Einnahmen. Unterschieden wird zwischen dem Zuführungsbedarf zu den Produktkosten im Ergebnisbudget und den jeweiligen Mitteln für Transferleistungen, Projekte und Infrastrukturmaßnahmen (I.3, I.4 und I.5), die aber im Produkthaushalt 2013 der Polizei NRW nicht relevant sind. Der Unterabschnitt I.6 enthält mit einer verbindlichen Kennzahl die Aussage, dass auf der Grundlage der im Haushaltsplan ausgewiesenen Mittel mindestens 61.000.000 Stunden Arbeitszeit in den Produktbereichen Gefahrenabwehr, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrsunfallbekämpfung zur Verfügung gestellt werden sollen.

Der Unterabschnitt Haushaltsvermerk (I.7) berücksichtigt, dass die zurzeit noch bestehende kamerale Darstellung wegfallen soll. Etwaige Haushaltsvermerke werden dann an dieser Stelle ausgebracht.

Erläuterungen zu Abschnitt II

Der Grundgedanke aller Anstrengungen zeigt sich in Abschnitt II. Der Produkthaushalt ist zukünftig der Kern der parlamentarischen Steuerung und nach § 6a HGrG und § 17a LHO Voraussetzung für Globalbudgets. Sie treten an die Stelle kameraler Titelermächtigungen, deren Legitimation auf Ebene der Produktbereiche durch die Angabe von Kalkulationsgrundlagen und Leistungsangaben gewährleistet wird. § 17a LHO fordert daher den Aufbau von Instrumenten zur Ergebnissteuerung des Verwaltungshandelns:

- Budgetergebnisse werden im Rahmen der Integrierten Verbundrechnung vor allem über die monetäre Rechnungslegung gesteuert.
- Leistungsergebnisse werden vor allem über Kennzahlen zu Aktivitäten und Leistungen gesteuert.

In Abstimmung mit dem Finanzministerium weist Unterabschnitt II.1 Kennzahlen aus, die die Größenordnung der für die Polizeiarbeit relevanten Rahmenbedingungen verdeutlichen.

II.1	Grundkennzahlen der Budgeteinheit	Ansatz 2013	SOLL 2012	Differenz 2013-2012	IST 2011
	Zahl der Planstellen	40 032	39 994	+38	39 459
	Zahl der Stellen	5 575	5 575	-	5 307
	Zahl der Stellen der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	4 300	4 000	+300	3 544
	Zahl der Stellen Auszubildenden	101	101	-	88
	Fläche NRW (in km ²)	34 092	34 092	-	34 092
	Zahl der Einwohner NRW	17 841 956	17 858 716	-16 760	17 841 956
	Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge NRW	10 729 393	10 425 356	+304 037	10 729 393
	Bundesautobahnen in NRW (Betriebsstrecke in km)	2 207	2 200	+7	2 200
	Bundesstraßen in NRW (Betriebsstrecke in km)	4 772	4 772	-	4 772
	Landstraßen in NRW (Betriebsstrecke in km)	12 844	12 844	-	12 844
	Kreisstraßen in NRW (Betriebsstrecke in km)	9 756	9 756	-	9 756
	Schiffbare Wasserstraßen / -wege in NRW (Betriebsstrecke in km)	1 056	1 056	-	1 056

Unterabschnitt II.2 benennt die Produktbereiche (d. h. Hauptgeschäftsfelder bzw. -aufgabenbereiche) der Budgeteinheit Polizei

- Einsatzbewältigung / Gefahrenabwehr
 - Kriminalitätsbekämpfung
 - Verkehrsunfallbekämpfung
- nebst jeweiligen Kosten- und Leistungsinformationen.

II.2 Ressourceneinsatz (Produktgebundene Ressourcen / Kosten und Erlöse) und Produktkennzahlen					
Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2013	SOLL 2012	Differenz 2013-2012	IST 2011

Da es bei der Polizei zurzeit keine produktbezogene Zeiterfassung gibt, ist der Ressourcenverbrauch entsprechend der „Belastungsbezogenen Kräfteverteilung“ (BKV) zugeordnet.

Die Erläuterungen zu den Kennzahlen werden nicht im Produkthaushalt dargestellt. Zum besseren Verständnis der Zahlen sind sie jedoch erforderlich und daher nachfolgend tabellarisch aufgeführt:

Produktbereich	Kennzahl	Beschreibung
Einsatzbewältigung Gefahrenabwehr	<i>Anzahl der bewältigten Einsätze im täglichen Dienst</i>	Einsätze im täglichen Dienst (z. B. Wachdienst)
	<i>Einsatzreaktionszeit</i>	Durchschnittliche Zeit zwischen der Eröffnung eines Einsatzes in E-CEBIUS und dem Eintreffen der ersten Einsatzkräfte (ohne Einsatzreaktionszeiten von weniger als 30 Sekunden und mehr als 90 Minuten) bei allen außenveranlasseten Einsätzen.
	<i>Anzahl Präsenzstunden</i>	Anzahl der geleisteten Personalstunden für sichtbare polizeiliche Präsenz.
Kriminalitätsbekämpfung	<i>Von der Polizei NRW bearbeitete Straftaten</i>	Jede im Straftatenkatalog aufgeführte Straftat (einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche), die von der Polizei NRW bearbeitet wird.
	<i>Aufklärungsquote der von der Polizei NRW bearbeiteten Straftaten</i>	Anzahl der Straftaten, denen ein Täter zugeordnet werden kann, im Verhältnis zur Anzahl der Straftaten, die von der Polizei NRW bearbeitet werden.
Verkehrsunfallbekämpfung	<i>Verunglücktenhäufigkeitszahl</i>	Anzahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen multipliziert mit 100.000 geteilt durch die Einwohnerzahl NRW (Einwohnerzahl des Vorjahres).
	<i>Zahl der Maßnahmen</i>	Anzahl (gesamt) der getroffenen repressiven Maßnahmen zur Verkehrsunfallbekämpfung, ohne dass ein Verkehrsunfall eingetreten ist (sog. „folgenloser Verstoß“). Maßnahmen in diesem Sinne sind Verwarnungen mit Verwarnungsgeld, Verkehrsordnungswidrigkeitenanzeigen und Verkehrsvergehens- / Strafanzeigen.

In dem folgenden Unterabschnitt "Erläuterungen zum Ressourcenverbrauch" (II.3) sind Ausführungen zu den auf das Haushaltsjahr bezogenen Zahlen möglich. Der Unterabschnitt "Strategische Ziele" (II.4) erläutert überjährige Ziele.

II.4 Strategische Ziele der Budgeteinheit

Die strategischen Ziele der Polizei NRW richten sich an den Grundsätzen der Polizeiarbeit aus. Im Vordergrund stehen die Kernaufgaben der Polizei: Einsatzbewältigung / Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung und polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit. Führung-, Steuerungs- und weitere Unterstützungsprozesse dienen der Wahrnehmung der Kernaufgaben.

Teilstrategie "Einsatzbewältigung / Gefahrenabwehr":

Bei Notrufen tragen kurze Reaktionszeiten bis zum Eintreffen vor Ort wesentlich zum polizeilichen Einsatzerfolg und zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung bei. Die zeitgerechte Reaktion der Polizei auf außenveranlasste Einsätze ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn wesentliche Rechtsgüter unmittelbar gefährdet sind. Die Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit durch erkennbar ansprechbare Polizeibeamtinnen und -beamte ist erhöht. Die polizeiliche Präsenz konzentriert sich dabei vor allem auf Problembereiche (Brennpunkte / Angsträume).

Teilstrategie "Kriminalitätsbekämpfung":

Die Polizei hat durch strategische Konzepte und operative Maßnahmen zur Kriminalitätskontrolle Kriminalität zu reduzieren und möglichst viele Straftaten aufzuklären. Sie muss sich frühzeitig auf neue Kriminalitätssphänomene und damit verbundene Anforderungen einstellen. Strategische Konzepte und operative Maßnahmen zur Kriminalitätskontrolle umfassen Kriminalitätsbekämpfung, Kriminalprävention sowie Opferschutz und die Vermittlung von Opferhilfe.

Teilstrategie "Verkehrsunfallbekämpfung":

Bis zum Jahr 2015 soll die Zahl der Verkehrstoten um 50% verringert werden. Dazu konzentrieren sich die Polizeibehörden auf die Hauptursachen für tödliche Verkehrsunfälle: Geschwindigkeit, Alkohol / Drogen und Fahren ohne Gurt. Verstöße in diesen Bereichen fordern die meisten Todesopfer. Die Polizei wird verstärkt kontrollieren und hinsichtlich dieser Gefahren aufklären.

Erläuterungen zu Abschnitt III

III.1 Finanzrechnung	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 EUR	Differenz 2013-2012 EUR	IST 2011 TEUR
-----------------------------	------------------------------	----------------------------	--------------------------------------	----------------------------

Der gesamte dritte Abschnitt, der sich mit der Finanzrechnung befasst, wird erst verständlich, wenn noch einmal darauf aufmerksam gemacht wird, dass der Produkthaushalt die kamerale Darstellung ersetzen und nicht ergänzen soll. Um den Anforderungen des Haushaltsrechts gerecht zu werden, sind weiterhin die aufgeführten Haupt- und Obergruppenansätze auszuweisen.

Erläuterungen zu Abschnitt IV

IV.1 Identitätsrechnung	Ansatz 2013 EUR	SOLL 2012 EUR	Differenz 2013-2012 EUR	IST 2011 TEUR
--------------------------------	------------------------------	----------------------------	--------------------------------------	----------------------------

Die Identitätsrechnung stellt den Zusammenhang der produktbezogenen mit den kameralen Zahlen her. Deutlich werden hier beispielsweise die Pensionslasten und die Absetzung für Abnutzung (AfA). Die Identitätsrechnung bezieht sich normalerweise auf ein Kapitel, ermöglicht aber auch die Berücksichtigung der polizeispezifischen Ausgaben der Kapitel 03 020 und 20 020.

Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	32	17	12	3		32	0
Stellen	73	7	10	40	16	69	+4
Gesamt	105	24	22	43	16	101	+4

Durch die Umwandlung von Abordnungsstellen erhöht sich die Stellenzahl um fünf. Ein kw-Vermerk wurde realisiert.

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	10.867.400	11.734.800	-867.400	-7,4
Ausgaben	12.885.600	14.054.700	-1.169.100	-8,3
• Personalausgaben	7.582.400	7.243.500	+338.900	+4,7
• Sachausgaben	5.303.200	6.811.200	-1.508.000	-22,1

Besonderheiten

Die Ausgaben für die bauliche Sanierung der DHPol sind auf der Basis der Haushaltsunterlagen sowie des vorgesehenen Zeitplans um rd. 1,64 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr niedriger veranschlagt.

Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	3.575	1.068	1.809	690	8	3.535	40
Stellen	3.183	54	1.228	1.800	101	3.209	-26
Gesamt	6.758	1.136	3.002	2.500	109	6.744	14
Davon							
Stammkapitel	4.537	832	1.788	1.808	109	4.561	-24
Titelgruppen gesamt	2.221	290	1.249	682	-	2.183	38
TG 60	84	7	35	42	-	91	-7
TG 70	367	33	173	161	-	367	-
TG 71	586	119	382	85	-	586	-
TG 74	544	57	273	214	-	496	48
TG 75	80	26	47	7	-	83	-3
TG 76	5	-	-	5	-	5	-
TG 77	1	-	-	1	-	1	-
TG 80	361	37	224	100	-	361	-
TG 81	54	3	16	35	-	54	-
TG 83	5	-	2	3	-	5	-
TG 84	134	8	97	29	-	134	-
<i>ATZ-Planstellen</i>	46	12	25	9	-	48	-2
<i>ATZ-Stellen</i>	48	-	15	30	3	52	-4
<i>Vorbereitungsdienst</i>	147	19	68	60	-	136	+11
<i>Auszubildende</i>	42	-	-	-	-	42	-

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	155.037.800	136.390.100	+18.647.900	+13,7
Ausgaben	472.313.600	470.609.700	+1.703.900	+0,4
• Personalausgaben	340.397.000	339.040.500	+1.356.500	+0,4
• Sachausgaben	131.916.600	131.569.200	+347.400	+0,3

Einnahmen

Berücksichtigt ist insbesondere die Steigerung der Einnahmen aus dem Wasserentnahmeentgeltgesetz infolge der gesetzlichen Änderung der Entgeltsätze (+18 Mio. EUR).

Personalausgaben

Wegen neuer Aufgaben aufgrund des Ersten Glücksspieländerungsvertrages (4), der Steigerung der Antragszahlen im Anerkennungsverfahren für Gesundheitsfachberufe (1), der Aufgabenerweiterung der Scanstelle Beihilfe in Detmold (4), der Aufgaben im Zusammenhang mit dem Stärkungspaktgesetz (4) sowie zur Stärkung des Arbeitsschutzes (48) sind zusätzliche Stellen eingerichtet.

Aussagen zur kw-Problematik bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes.

Sachhaushalt

In der Titelgruppe 60 (Entmunitionierung) ist die Verteilung der Ansätze für 2013 aktualisiert worden. Für die Sanierung der Bergehalde Beythal wurden in der Titelgruppe 75 750.000 EUR etatisiert. Im Übrigen ergibt sich der Saldo der Ausgabenveränderung im Kapitel aus verschiedenen Sachverhalten.

Die Ansätze der Titelgruppe 81 wurden bis auf den Ansatz für die Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in das Stammkapitel verlagert.

Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	14	7	6	1	-	14	-
Stellen	31	-	9	17	5	30	+1
Gesamt	45	7	15	18	5	44	+1

Umwandlung einer dauerhaft entgeltfinanzierten Aushilfsstelle in eine Stelle vgl. gehobener Dienst.

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	224.400	224.400	-	-
Ausgaben	9.708.600	9.680.300	+28.300	+0,3
• Personalausgaben	2.310.900	2.312.600	-1.700	-0,1
• Sachausgaben	7.397.700	7.367.700	+30.000	+0,4

Die **Personalausgaben** sind unverändert. Der **Sachhaushalt** steigt aufgrund erhöhter Ansätze für Mieten.

Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (FHöV)

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	217	177	31	9	-	216	+1
Stellen	50	1	8	41	-	48	+2
Gesamt	267	167	37	50	-	264	+3
<i>ATZ-Planstellen</i>	1	-	1	-	-	1	-

In Folge der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen für Kommissaranwärterinnen und -anwärter bei der Polizei von 1.100 auf 1.400 sind drei neue Planstellen und Stellen eingerichtet.

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	46.000	46.000	-	-
Ausgaben	31.990.500	29.981.300	+2.009.200	+6,7
• Personalausgaben	19.273.700	18.101.900	+1.171.800	+6,5
• Sachausgaben	12.716.800	11.879.400	+837.400	+7,0

Die **Personalausgaben** erhöhen sich aufgrund o.g. Stellenzuwachses und der Erhöhung der Mittel für nebenamtliche Lehrkräfte.

Die Ansätze für den **Sachhaushalt** erhöhen sich aufgrund der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen. Es werden weitere Lehrräume mit der entsprechenden Ausstattung benötigt.

Besonderheiten: In der mittelfristigen Finanzplanung sind weitere Ansatzserhöhungen in Zusammenhang mit der Erhöhung der Einstellungsermächtigungen bei der Polizei vorgesehen.

Kapitel 03 610 Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) - Landesbetrieb

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	365	130	151	84	-	366	-1
Stellen	1.342	28	850	459	5	1.342	-
Gesamt	1.707	158	1.001	543	5	1.708	-1
<i>ATZ-Planstellen</i>	9	7	2	-	-	9	-
<i>ATZ-Stellen</i>	3	-	2	-	1	4	-1
<i>Auszubildende</i>	125	-	-	-	-	79	+46

Der Stellenbestand verringert sich durch die Umsetzung einer Planstelle an das LPEM im Rahmen des Projektes "Schulverwaltungsassistenz".

46 Stellen für Auszubildende sind aus dem Kapitel 03 020 (Allgemeine Bewilligungen) umgesetzt worden. Damit sind jetzt alle Stellen für Auszubildende von IT.NRW im Kapitel 03 610 etatisiert.

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	0	0	-	-
Ausgaben	61.393.100	94.101.600	-32.708.500	-34,8
• Personalausgaben	-	-	-	-
• Sachausgaben	61.393.100	94.101.600	-32.708.500	-34,8

Die **Personalausgaben** werden nur im Wirtschaftsplan ausgewiesen (s. Beilage 2 zum Haushaltsplan). Sie finanzieren sich aus Teilen des Betriebskostenzuschusses und aus Teilen der Umsatzerlöse mit den Dienststellen der Landesverwaltung u.a.

Die Veränderung bei den **Sachausgaben** ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der Abwicklung des 2011 durchgeführten Zensus.

Bei den Ausgaben sind die Aufwendungen von IT.NRW für den Zensus (4,2 Mio. EUR in 2013; - 18,0 Mio. EUR), der Wegfall der Kostenerstattung an die kommunalen Erhebungsstellen (- 15,0 Mio. EUR) und der Wegfall des Investitionszuschuss i.H.v. 0,5 Mio. EUR entsprechend niedriger veranschlagt als 2012.

Der **Betriebskostenzuschuss** für die sonstigen zuführungsbedingten Aufgaben, wie z.B. die amtliche Statistik, steigt um ca. 0,7 Mio. EUR aufgrund der Umsetzung der Auszubildenden aus Kapitel 03 020 und der Erhöhung der Mieten.

Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v. H.
Einnahmen	240.000	150.000	+90.000	+60,0
Ausgaben	58.877.300	59.271.400	-394.100	-0,7
• Personalausgaben	117.800	116.600	+1.200	+1,0
• Sachausgaben	58.759.500	59.154.800	-395.300	-0,7

Die **Einnahmen** steigen geringfügig.

Die **Sachausgaben** verringern sich insgesamt um rd. 0,4 Mio. EUR. Folgende wesentlichen Erhöhungen und Reduzierungen liegen dem zugrunde:

Etatisiert sind Mehrkosten in Höhe von 0,5 Mio. EUR für Mieten und Pachten, 2 Mio. EUR für die erste Beschaffung von Feuerlöschbooten und weitere 12 Mio. EUR für die Anbindung der kommunalen Leitstellen an den Digitalfunk.

Kompensiert werden diese Mehrkosten zum Teil durch die Reduzierung der Kosten für Sachverständige um rd. 1 Mio. EUR und Reduzierung der Kosten bei den Beschaffungsmaßnahmen um 1,6 Mio. EUR.

Die Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Einsätze auf Anordnung des Landes erhöhen sich um 0,4 Mio. EUR (Titel 633 11). Bei den Landeszuschüssen an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung sind die Ausgaben um rd. 12,9 Mio. EUR reduziert (Titel 883 10). Die Landeszuschüsse sollen jedoch in bisheriger Höhe unter Inanspruchnahme von Ausgabereserven aus dem Jahr 2012 gewährt werden.

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer in Höhe von 75 Mio. EUR (s. Einzelplan 20, Kapitel 20 010), abzüglich der übrigen aus Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie des Zuschussbedarfs des Instituts der Feuerwehr (Kapitel 03 750).

Besonderheit: Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer wird voraussichtlich 75 Mio. EUR betragen. Der erhöhte Zuschussbedarf des Instituts der Feuerwehr von rd. 16,34 Mio. EUR, rd. 0,48 Mio. EUR mehr als 2012, ist gedeckt.

Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW, Münster

Stellenplan

	2013	hD	gD	mD	eD	2012	+/-
Planstellen	72	24	43	5	-	72	-
Stellen	35	-	9	20	6	35	-
Gesamt	107	24	52	25	6	107	-
<i>ATZ-Planstellen</i>	2	1	1	-	-	3	-1
<i>ATZ-Stellen</i>	1	-	1	-	-	1	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	16	8	8	-	-	14	-
<i>Auszubildende</i>	5	-	-	-	-	5	-

Eine neue Planstelle ist aufgrund der vermehrten Aufgaben für die Einführung des Digitalfunks eingerichtet. Eine Planstelle ist zur kw-Realisierung weggefallen.

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	1.111.000	886.000	+225.000	+25,4
Ausgaben	17.473.700	16.764.600	+709.100	+4,2
• Personalausgaben	6.683.700	6.633.200	+50.500	+0,8
• Sachausgaben	10.790.000	10.131.400	+658.600	+6,5

Die **Einnahmen** sind an das Ist 2011 angepasst.

Die **Personalausgaben** erhöhen sich geringfügig. Sie sind nach den Vorgaben des Finanzministeriums berechnet und berücksichtigen die o. a. Änderungen im Stellenplan.

Der **Sachhaushalt** erhöht sich bei den Ausgaben für die Aus- und Fortbildung der Bediensteten, für Sachverständige und für die Datenverarbeitung um insgesamt 148.000 EUR. Die Bauausgaben reduzieren sich um 265.000 EUR. Die Ansätze für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen und Geräten sind insgesamt um 0,72 Mio. EUR angehoben.

Besonderheit: Mit der Planung des zweiten Lehrsaalgebäudes wurde 2010 begonnen. Der Neubau soll nach den vorliegenden Planungen in 2014 fertig gestellt sein. Die Gesamtkosten werden sich voraussichtlich von zunächst vorgesehenen 10,7 Mio. EUR auf 9,5 Mio. EUR reduzieren. Für 2013 sind 4,2 Mio. EUR vorgesehen.

Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	24.859.200	26.529.200	-1.670.000	-6,3
Ausgaben	62.950.000	67.180.000	-4.230.000	-6,3

Die **Erstattungen von Entschädigungslasten** durch den Bund sind der rückläufigen Entwicklung der Fallzahlen angepasst.

Im **Sachhaushalt** sind die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und Landesrecht der voraussichtlichen Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	6.024.300	6.134.700	-110.400	-1,8
Ausgaben	157.540.900	155.310.000	+2.230.900	+1,4
• Personalausgaben	155.915.900	154.382.000	+1.533.900	+1,0
• Sachausgaben	1.625.000	928.000	+697.000	+75,1

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund einer Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Im **Sachhaushalt** wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an die Länder und Gemeinden der voraussichtlichen Ist-Entwicklung angepasst.

Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Einnahmen und Ausgaben

	2013	2012	+/-	in v.H.
Einnahmen	6.358.100	7.404.400	-1.046.300	-14,1
Ausgaben	881.386.300	843.520.300	+17.866.000	+2,1
• Personalausgaben	858.648.300	841.170.300	+17.478.000	+2,1
• Sachausgaben	2.738.000	2.350.000	+388.000	+16,5

Die **Personalausgaben** im Versorgungsbereich erhöhen sich aufgrund einer Berechnung des Finanzministeriums unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfänger.

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

